

Kommunen dürfen mehr Kredite aufnehmen

Für Investitionen in Kitas, Schulen oder Feuerwehrgerätehäuser sind ab sofort Sonderkredite möglich.

SAARBRÜCKEN (kir) Die saarländischen Städte und Gemeinden dürfen für dringend notwendige Investitionen in Kindertagesstätten, Schulen, Feuerwehrgerätehäuser oder schnelles Internet ab sofort außer der Reihe zusätzliche Kredite aufnehmen. Das hat das Innenministerium verfügt und einen neuen Krediterlass angekündigt. Bisher gilt für jede Kommune eine individuelle Kreditobergrenze. Aus Sicht der Bürgermeister machen diese Obergrenzen aber zum Beispiel die Sanierung der in die Jahre gekommenen Feuerwehrgerätehäuser unmöglich.

Die Sonderkredite müssen in einem festgelegten Zeitraum getilgt werden. Entscheidend bleibt der „Saarlandpakt“, nach dem alle

Kommunen ab 2024 Ausgaben und Einnahmen ihrer Haushalte ausgleichen müssen.

Der Saarländische Städte- und Gemeindetag (SSGT) äußerte sich

„sehr erfreut“ über die Ankündigung. Das Instrument der Sonderkredite habe sich bereits bei der Finanzierung des Kita-Ausbaus bewährt. Angesichts der Herausforde-

rungen, vor denen die Kommunen beispielsweise bei der baulichen Ertüchtigung und Erweiterung der Grundschulen stehen, sei es eine langjährige Forderung des SSGT gewesen, dass auch Sonderkredite grundsätzlich ermöglicht werden, teilten Präsident Hermann Josef Schmidt (CDU) und sein Stellvertreter Jörg Aumann (SPD) mit.

Die Spitze des SSGT forderte zudem direkte finanzielle Hilfen des Landes, um den Sanierungsstau bei Grundschulen, Bädern, Mehrzweckhallen, Sportstätten oder Straßen aufzulösen. Nur mit Sonderkrediten werde der Investitions-Rückstand der Saar-Kommunen gegenüber anderen Bundesländern nicht aufzuholen sein.



Ensheim hat ein neues Feuerwehrhaus. In vielen Kommunen fehlt dafür das Geld. Nun sollen sie auch dafür mehr Kredite aufnehmen dürfen. FOTO: BECKERBREDEL